

keit die bittere Erkenntnis, daß die angestrebte sportliche Vormacht in Asien nicht so rasch wie gedacht zu erreichen ist. Daß das Gastgeberland Südkorea mit insgesamt zwölf Olympia-Siegen weit vor der Volksrepublik China auf dem vierten Platz der Medaillenwertung gelangt ist, kann nicht allein durch den zweifellos ins Gewicht fallenden "Heimvorteil" erklärt werden. -cre-

*(21)
Erstes Nationales Bauernsportfest

In Anwesenheit von Vertretern der Partei- und Regierungsspitze, darunter Yang Shangkun, Li Peng und Wan Li, wurde am 9. Oktober 1988 das Erste Nationale Bauernsportfest in Beijing eröffnet. Vizepremier Tian Jiyun erklärte in seiner Rede zur Eröffnungsfeier, das Bauernsportfest zeige, welche große Bedeutung Partei und Regierung der sportlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten beimäßen. Die Verbreitung des Sports auf dem Lande verbessere nicht nur die Konstitution der Bauern, sondern bringe auch eine neue Generation von Bauern mit Idealen, moralischen Werten, Disziplin und guter Bildung hervor (GMRB, 10.10.88).

Eine Woche lang kämpften rund 1.400 Bauernsportler in sieben Sportarten um 43 Goldmedaillen: Leichtathletik, Fußball, Tischtennis, Schießen, Radfahren, Ringen in chinesischem Stil und Basketball. Das Bauernsportfest hat nicht nur propagandistische Bedeutung, es soll offenbar auch der Suche nach Talenten dienen. Schließlich stammt beinahe ein Drittel der chinesischen Nationalathleten vom Lande (XNA, 11.10.88).

Auf der Abschlußfeier am 16. Oktober rühmte Wang Zhen das hohe Niveau der Bauernspiele, das der Sportbewegung im ganzen Lande Auftrieb gegeben habe. In Zukunft soll das Nationale Bauernsportfest im Vier-Jahres-Rhythmus abgehalten werden. Das zweite wird im Jahre 1992 von der Provinz Hubei ausgerichtet werden (GMRB, 17.10.88). -cre-

Außenwirtschaft

*(22)
Deutsch-chinesisches Wirtschaftssymposium mit Yao Yilin in Hamburg

Am 11. Oktober 1988 fand im Atlantic-Hotel in Hamburg ein Wirtschaftssymposium mit dem Titel "China nach zehn Jahren Öffnung - Bilanz und Perspektiven" statt, an dem der stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China, Yao Yilin, teilnahm. Diese Veranstaltung war die Auftaktveranstaltung des neu gegründeten deutsch-chinesischen Wirtschaftskreis im Ostasiatischen Verein.

Der Wirtschaftskreis hat sich das Ziel gesetzt, einen wichtigen Beitrag zu den Wirtschaftskontakten zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland und zum Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu leisten.

Nach den üblichen Grußadressen - es sprachen Christoph von der Decken, Vorsitzender des Ostasiatischen Vereins, Henning Voscherau, der 1. Bürgermeister der freien und Hansestadt Hamburg, sowie Yao Yilin - begann die Podiumsdiskussion. In einem im Verhältnis zur Gesamtzeit der Veranstaltung relativ langen Einleitungsreferat sprach Siegfried Lengl, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, über die deutsch-chinesischen Beziehungen - er erwähnte u.a. Leibniz und Adam Schall von Bell. Danach sprach Li Lanqing, stellvertretender Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel der Volksrepublik China. Er referierte über die Veränderungen im Außenhandelssystem, das Vertragssystem sowie die verschiedenen Probleme, die gegenwärtig der chinesischen Volkswirtschaft besondere Probleme bereiten.

Als nächster Redner folgte wiederum Staatssekretär Lengl, der über die Dezentralisierung in China sprach. Er lehnte sich - bis hin zu den Formulierungen - eng an die chinesische Terminologie an und bewertete die Reformmaßnahmen weitgehend positiv. Er empfahl der chinesischen Seite das deutsche System der Marktwirtschaft als nachzuahmendes Beispiel.

Konkreter wurde dann Oswald Putzier, Geschäftsführer der Firma Jebsen + Jessen, der über die tatsächlichen Probleme berichtete, die vor allem die importierende Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland mit chinesischen Unternehmen bzw. Institutionen hat. Während früher die ca. zwölf Außenhandelsgesellschaften der Volksrepublik einen Flaschenhals für den Außenhandel gebildet hätten, hätte die Dezentralisierung zu einer Zunahme des Außenhandels mit einer Vielzahl von Akteuren auf der chinesischen Seite geführt. Früher hatten die deutschen Exporteure Probleme, mit den Endverbrauchern in der Volksrepublik in Kontakt zu treten. Heute sei dies wesentlich einfacher, wenngleich aber auch mit neuen Schwierigkeiten verbunden. Eine wesentliche Ursache für die Schwierigkeiten liege in dem Mangel an geschultem Personal auf der chinesischen Seite. Es sei die Markttransparenz verlorengegangen. Trotz identischer Warenauszeichnungen würden unterschiedliche Qualitäten von den Chinesen angeboten bzw. geliefert. Die neu gebildeten handelskammerartigen Gesellschaften übernehmen Aufgaben der früheren Außenhandelsgesellschaften. Zum Schluß erklärte er, daß eine Expansion des chinesischen Außenhandels nur auf der Grundlage von Vertrauen möglich sei. Vertrauen sei aber wegen vieler unguter Praktiken verlorengegangen, es müsse durch die chinesische Seite neu erworben werden.

Der stellvertretende chinesische Minister aus dem Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel Li wies darauf hin, daß die Volksrepublik rechtliche Mittel einsetzen werde, um nicht-kreditwürdige bzw. unsolide Unternehmen in ihrem Bereich auszuschalten.

In einem Beitrag erklärte Wang Deyan, der Präsident der Bank of China, die Auslandsschulden der Volksrepublik sollten 30 Mrd. US\$ nicht überschreiten. Auf die Frage, ob Auslandsbanken auch Finanzgeschäfte in Renminbi (RMB) durchführen könnten, antwortete Wang, die Bedingungen dafür seien noch nicht reif. Die Inflationsrate in der Volksrepublik würde noch höher werden, wenn sich ausländische Banken an derartigen Bankgeschäften beteiligten.

Daß der deutsch-chinesische Wirtschaftskreis im Ostasiatischen Verein noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten

hat, wurde an einer Frage aus dem Publikum deutlich. Die Volksrepublik China habe doch zwei Währungen - den Yuan und den RMB. Wann würden diese beiden Währungen nun endlich vereinigt? (Die chinesische Währung heißt Renminbi - Volksgeld -, die Einheit ist der Yuan. Konventionellerweise steht - auch in dieser Zeitschrift - der Yuan - abgekürzt ¥ - als Kurzbezeichnung für die chinesische Währung.) -lou-

*(23)

China-Anleihe mit Steuervorteilen

Die Volksrepublik China bringt zum zweitenmal eine Anleihe auf den deutschen Kapitalmarkt. Die Emission in Höhe von 200 Mio. DM mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei variablen Zinsen wird über ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der Commerzbank herausgegeben, wie diese am 19.10.1988 mitteilte.

Grundlage der Verzinsung ist danach der jeweilige Mark-Libor-Satz für Dreimonatsgelder, z.Z. ca. 5% mit einer Zulage von 1/16tel Prozent bei Zinstermin 8. November. Darüber hinaus können sich Käufer aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommens mit China eine fiktive 15%ige chinesische Quellensteuer vergüten lassen.

Zu dieser steuerlichen Komponente der neuen China-Anleihe gibt die Commerzbank zwei Beispiele für eine in der Bundesrepublik unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person mit durchschnittlicher Einkommensteuerbelastung von 40% (Beispiel A) und für eine der Körperschaftsteuer unterliegende juristische Person mit einem Steuersatz von 56% (Beispiel B). Dabei wird davon ausgegangen, daß die Anleihe aus Eigenmitteln erworben wird und somit keine Refinanzierungskosten anfallen.

Im Beispiel A ergibt sich unter Anrechnung der fiktiven Quellensteuer nach dem Doppelbesteuerungsabkommen eine Rendite nach Steuern von 3,7969% p.a., im Beispiel B eine solche von 2,6156% p.a. Um eine Rendite nach Steuern in dieser Höhe zu erhalten, müßte eine vergleichbare inländische Geldanlage im Beispiel A eine laufende Verzinsung von 6,3281% p.a. vor Steuern aufweisen, im Beispiel B von 7,1336% p.a.

Eine Veränderung des Mark-Libor-Satzes um jeweils 1% bedeutet eine zusätzliche Veränderung der Rendite nach Steuern von ca. 0,75% p.a. im Beispiel A bzw. ca. 0,517% im Beispiel B, so erläutert die Commerzbank. -lou-

*(24)

GTZ unterstützt China im Materialprüfwesen

Von nicht geringer Bedeutung für die industrielle Entwicklung Chinas sind der Ausbau des Meß-, Normen- und Prüfwesens sowie der Qualitätssicherung. In ihren Anstrengungen hierbei wird die Volksrepublik China von der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. unterstützt. Eines von mehreren Projekten auf diesem Gebiet ist der "Aufbau eines Zentrums für Schadenanalyse von Maschinenbauteilen".

Sowohl für die Inlands- als auch für die Exportproduktion ist die umfassende Qualitätssicherung von Maschinenbauerzeugnissen eine Vorbedingung für den ökonomischen Erfolg. Mit der Reformpolitik der Volksrepublik China gewann dieser Aspekt der Produktion eine zunehmende Bedeutung.

Auf zahlreichen Auslandsbesuchen haben die Chinesen nach Organisationsformen für den Bereich Qualitätssicherung gesucht, die kurz-, mittel- und langfristig zur Lösung der vorhandenen Probleme beitragen können. So fehlt eine Qualitätssicherung im umfassenden Sinne bislang. Eine Qualitätssicherung im Hinblick auf Fragen der Festigkeit, der Schadenanalyse sowie der Werkstück- und Werkstoffveränderungen über Zeit und Betriebseinsatz als stationärer Qualitätsstelle wird erst entwickelt. Auch ein Netz von Materialprüfämtern oder technischen Überwachungsvereinen existiert z.Z. noch nicht.

Die Besucher zahlreicher amtlicher Materialprüfanstalten und Materialprüfstellen sowie der technischen Überwachungsvereine in der Bundesrepublik Deutschland führten dazu, daß die Volksrepublik China langfristig vergleichbare Einrichtungen aufzubauen gedenkt.

Im Bereich der Maschinenbauindustrie soll ein Netz von Qualitätsstellen entstehen, um die Qualität der Maschinenbauerzeugnisse zu verbessern. Der

Aufbau eines Zentrums für die Schadenanalyse von Maschinenbauteilen, das aus einer festen und einer mobilen Prüfstation bestehen wird, soll der erste Schritt dahin sein. Anhand des Prüfzentrums soll auch technisch demonstriert werden, wie der Aufbau von Qualitätsstellen in den Betrieben direkt zur Minimierung der Produktionskosten beiträgt. Insofern kommt diesem zeitlich begrenzten, ausbildungsorientierten Projekt Pilotcharakter zu. Der deutsche Beitrag zu diesem Vorhaben besteht im einzelnen aus der:

- konzeptionellen Beratung des Prüfzentrums, insbesondere im Hinblick auf das Zusammenwirken von mobiler und fester Prüfstation;
- Lieferung der mobilen Prüfstation;
- Fortbildung von chinesischen Fachkräften durch die mobile Prüfstation, damit sie ihre Aufgabe in der Schadenanalyse und Qualitätssicherung in Verbindung mit den Labors der festen Prüfstation eigenständig durchführen können.

(GTZ, 7.10.88) -lou-

*(25)

Volksrepublik China größter Lieferant für Spargelkonserven in der Bundesrepublik Deutschland

Die Importe aus der Volksrepublik China haben im Jahre 1987 ihren Anteil an der deutschen Einfuhr von Spargelkonserven verdoppelt. Im Jahre 1988 wird die Volksrepublik wahrscheinlich über die Hälfte der deutschen Einfuhren an Spargelkonserven bestreiten.

Seit einiger Zeit gibt es mit den Chinesen aber ernst zu nehmende Probleme bei der Abwicklung der Geschäfte. Die Reformen des Außenhandels in China haben dazu geführt, daß das Geschäft in Spargelkonserven sehr viel schwieriger geworden ist. Vor den Reformen befand sich der ganze chinesische Außenhandel in Staatshand. Man konnte nur bei der offiziellen chinesischen Handelsorganisation, die dem Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel unterstellt war, Spargelkonserven erwerben.

Die Reform des chinesischen Außenhandels hat nun dazu geführt, daß das Recht, Außenhandel zu treiben, von der Zentralregierung auf die Provinzregierungen übertragen wurde. Die einzelnen Provinzen haben daraufhin einen eigenständigen Außenhandel

aufgebaut, so daß sie auch gegeneinander konkurrieren. Es gibt also heute nicht nur einen Anbieter, sondern eine Reihe von Staatshandelsfirmen und Unternehmen, die ihre Ware den Importeuren in der ganzen Welt selbst anbieten können.

Leider hat dies nicht nur die gewünschten Vorteile, sondern es entstanden auch manche Nachteile. Früher war die Qualität der angebotenen Ware immer ausgezeichnet. Die Erzeugnisse wurden qualitativ streng überwacht. Heute ist die Qualität der angebotenen Ware sehr unterschiedlich. Jede Provinz setzt heute ihren eigenen Standard fest. Er ist in den einzelnen Provinzen sehr verschieden. Der Importhandel ist jetzt gezwungen, seine Geschäftspartner in der Volksrepublik China selbst sehr gezielt auszusuchen, um die Gewähr dafür zu erhalten, eine angemessene Qualität zu bekommen. Ein weiteres Problem für den Importhandel ist, daß seit der Zeit der Reformen Hongkong sehr stark in den Zwischenhandel eingestiegen ist. Die Händler in Hongkong kaufen jetzt in den chinesischen Fabriken Qualitäten auf, die in China zum Export nicht zugelassen werden.

Diese Ware gelangt über schwarze Kanäle nach Hongkong. Dort wird die Ware unerlaubterweise mit den original-chinesischen Exporthandelsmarken versehen und an gutgläubige Importeure in Europa verkauft. Diese stellen dann später, wenn die Ware bei ihnen eintrifft, fest, daß sie zu guten Preisen minderwertige Ware erworben haben. Dabei sind nicht nur die Importeure geschädigt, sondern auch die soliden chinesischen Fabrikanten selbst, klebt doch auf jeder Dose letztlich ein gefälschtes Etikett eines chinesischen Lieferanten.

Die Chinesen sind sich bisher noch nicht darüber im klaren, wie sie gegen diese Machenschaften vorgehen sollen. Leider hat nach den Feststellungen deutscher Importeure seit der Lockerung des Handels auch die Korruption stark zugenommen. Sie macht es möglich, daß eine Reihe von Produzenten von den Hongkong-Chinesen bestochen wird, die dann die für die Ausfuhr nötigen Zertifikate erhalten.

All dies hat den westdeutschen Handel schon zu erheblicher Kritik geführt. Hinzu kommt die Tendenz, daß sich im Zusammenhang mit der Reformpolitik bei den chinesischen Lieferanten

immer mehr die Ansicht durchsetzt, daß abgeschlossene Kontrakte dann, wenn die Preise inzwischen gestiegen sind, nicht mehr erfüllt zu werden brauchen. Man versucht, neu zu verhandeln, um höhere Preise herauszuschlagen. (HB, 20.10.88) -lou-

*(26)

Probleme beim chinesischen Kohleexport

Wegen der Nichteinhaltung von Lieferverpflichtungen sieht sich die chinesische Kohlewirtschaft zunehmendem Druck ausländischer Kunden ausgesetzt. Am stärksten betroffen ist Japan, das als mit Abstand größter Einzelabnehmer mit einem Ausfall von mindestens einem Drittel der für 1988 im Rahmen einer Regierungsvereinbarung festgelegten Liefermenge von rd. 4 Mio.t rechnet. Die Regelung von Schadenersatzforderungen kostete die China National Coal Corp. nach offiziellen chinesischen Angaben zwischen Januar und August 1985 bereits über 5 Mio.US\$.

Abgesehen von chronischen Engpässen im Transportsystem und unerwartet großen Produktionsausfällen in der vorrangig für den Export fördernden Zeche von Antaibo, einem im Jahre 1987 mit viel Pomp eröffnetem sino-amerikanischen Joint Venture in der Provinz Shanxi im nördlichen Zentralchina, ist die chinesische Kohleindustrie in diesem Jahr zusätzlich durch eine extrem gespannte Versorgungslage auf dem Binnenmarkt in die Klemme geraten.

Vor allem die südöstlichen Küstengebiete, die in den vergangenen Jahren einen ungewöhnlichen Industrialisierungsboom erlebten, aber weit ab von den Förderzentren liegen (76% der nachgewiesenen Kohlevorkommen lagern im Norden bzw. im Nordwesten der Volksrepublik), spüren das Mißverhältnis zwischen dem industriellen Wachstumstempo und der vergleichsweise - bei einem Nachfrageüberhang von rd. 20% - nur sehr allmählichen Zunahme des Energieangebots, das zu über 70% auf Kohle basiert. So wurde in der chinesischen Presse berichtet, daß in Jiangsu, der Provinz mit der höchsten Industrieproduktion, thermische Kraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt 1,8 Mio.kW (das sind 40% der Gesamtkapazität von Jiangsu) mangels Nachschubs an Brennstoff Anfang August für unbestimmte Dauer stillgelegt werden mußten.

Für Chinas Pläne, sich über den forcierten Kohleexport eine zusätzliche Devisenquelle zu erschließen bzw. Kohlelieferungen in größerem Umfang für Kompensationsgeschäfte einzusetzen, bedeutet die jüngste Entwicklung einen empfindlichen Rückschlag. Nach einem Exportvolumen von 14,1 Mio.t im Vorjahr hatte die China National Coal Import Export Corp., die staatliche Handelsorganisation, für 1988 Lieferverträge mit rd. zwanzig ausländischen Kunden in Asien und Europa über 19,3 Mio.t abgeschlossen. Obwohl auch diese Menge nur einen Bruchteil der gesamten chinesischen Rohkohleförderung (1987 bei 920 Mio.t) ausmacht, gilt diese Quote inzwischen aufgrund der akuten Unterversorgung des Binnenmarktes als ebenso unrealistisch wie das für 1990 gesteckte Exportziel von 30 Mio.t.

Betroffen von den diesjährigen Lieferausfällen sind, soweit bekannt, finnische Importeure und vor allem Japan. Nach Auskunft des Beijinger Büros der Japan-China-Gesellschaft für Wirtschaft und Handel waren japanische Handelsgesellschaften gezwungen, ihre Schiffe nach wochenlangen Wartezeiten in Qinhuangdao, dem Hauptausfuhrhafen für Kohle an der nördlichen Bucht von Bohai, ohne Ladung wieder zurückzubeeordern.

Wie es von seiten der Gesellschaft heißt, beurteilt die japanische Industrie aufgrund der bisherigen Erfahrungen die Erfolgs- und Ertragsaussichten des 1987 eingeleiteten Kooperationsprogramms mit China im Kohlebereich auch auf weitere Sicht äußerst pessimistisch und setzt verstärkt auf ergiebige Alternativen in Kanada und Australien. Geklagt wird dabei nicht nur über nicht Nichteinhaltung von Lieferfristen, sondern auch über den gemessen am Preis unzureichenden Standard bei der Qualitätskontrolle. Unter dem Eindruck der zweiten Erdölkrise hatten Wirtschaft und Regierung in Japan damals im Rahmen des zunächst bis 1992 laufenden Langzeitprogramms vereinbart, die chinesische Kohleentwicklung durch eine Kombination aus Krediten für die Modernisierung der Produktionstechnik und der Transportwege zusammen mit langfristigen Abnahmeverträgen zu fördern. (NZZ, 9./10.10.88) -lou-

***(27)
Streichungen von Investitionen und
Konsumgüterimporten angeordnet**

Die Volksrepublik China will die Investitionen in einer Reihe von Industriezweigen drastisch kürzen. Eine entsprechende Anordnung, die vom Staatsrat in Beijing am 7.10.1988 erlassen wurde, soll am 1.12.1988 in Kraft treten und betrifft u.a. die Branchen Textilverarbeitung, Verbraucher-Elektronik und Kunststoffe.

Dem Rotstift sollen vor allem Investitionsvorhaben für solche Güter zum Opfer fallen, zu deren Herstellung Rohmaterial-Importe nötig sind. Verschont bleiben allerdings Projekte mit Auslandsbeteiligung und Vorhaben in wichtigen Zweigen, wie der Energie und der Transportwirtschaft sowie der Telekommunikationsindustrie.

Die von den Streichungen betroffenen Industriezweige wurden in verschiedene Kategorien eingeteilt: Zur größten Kategorie gehören Projekte für Güter, die mit knappen Rohstoffen erzeugt werden müssen. Nach Einschätzung der zentralen Planer zählen dazu z.B. Branchen mit ohnehin schon überschüssigen Kapazitäten, wie sie bei den Herstellern von Baumwolltextilien, Leder und Kautschukerzeugnissen, Traktoren und Fernsehgeräten bestünden. Als zweite betroffene Kategorie werden Produktionsbetriebe für solche Güter genannt, die nach Ansicht der Planer zuviel Energie benötigen - z.B. verschiedene Haushaltsgeräte.

Des weiteren sollen die Investitionen für solche Projekte drastisch gekürzt werden, die in den staatlichen Plänen nicht enthalten sind, wobei vor allem bestimmte Infrastrukturvorhaben, wie der Bau von Autobahnen, Theatern und Sportanlagen, ins Auge gefaßt werden.

Im Jahre 1989 sollen stärkere Restriktionen für die Importe von Konsumgütern erlassen werden, so teilte Wang Pinqing, ein stellvertretender Minister aus dem Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, mit. Unter diesen Konsumgütern befinden sich Kraftfahrzeuge, elektrische Einrichtungen, Spirituosen und andere Getränke.

Die Chinesen werden möglicherweise auch aus einigen Joint-Venture-Verträgen, die bereits mit ausländischen Investoren unterzeichnet worden

sind, zurücktreten. Wang Zhaoguo, der Gouverneur der Provinz Fujian, hatte erklärt: "Was die sino-ausländischen Joint Ventures, für die Verträge bereits unterzeichnet worden sind, betrifft, so müssen wir diese Verträge einhalten - mit der Ausnahme einiger weniger."

Nach Aussage westlicher Experten sind bislang noch keine Verträge mit Ausländern aufgekündigt worden. Joint-Venture-Projekte, über die jetzt beraten wird, werden allerdings sehr streng bewertet. Solche Projekte, die den Bau von Hotels oder Büroraum zum Inhalt haben, werden möglicherweise nicht mehr die Zustimmung der Regierung finden. Weiterhin werden die meisten Investitionen in Industriezweigen, die mit dem Export zu tun haben, genehmigt werden. (NfA, 12.10.88; FT, 11.10.88; AWSJ, 26.10.88) -lou-

***(28)
Volksrepublik plant Joint Venture mit
der Sowjetunion**

Die Volksrepublik China und die Sowjetunion bereiten ihr erstes größeres Joint Venture vor, eine Zellstoff-Fabrik, die Investitionen in Höhe von ca. 400 Mio.US\$ erfordern wird. Die Anteile werden auf beide Länder gleich verteilt. Die Fabrik, die in der Provinz Heilongjiang im Nordosten der Volksrepublik aufgebaut werden soll, wird eine Jahreskapazität von 250.000 t gebleichten Sulphat-Weichzellstoff haben. Der Zellstoff soll zum größten Teil innerhalb Chinas verkauft werden, der Rest soll in den Export gehen, um dringend benötigte Devisen zu erwirtschaften.

Die Sowjetunion wird 1,5 Mio.m³ Holz pro Jahr liefern, im wesentlichen Hartkiefer. Die Volksrepublik wird Kohle, Salz, Elektrizität, Öl und andere Materialien liefern. Die sowjetische Seite wird die Ausrüstungen und die Technologie für die Zellstoffherstellung zur Verfügung stellen. Moderne Ausrüstungen, die keines der beiden Länder liefern kann, werden importiert. Der Bau der Fabrik soll im Jahre 1990 beginnen, und die Produktion soll im Jahre 1992 aufgenommen werden.

Neben dieser Zellstoff-Fabrik sollen Joint-Ventures-Restaurants sowohl in Moskau als auch in Beijing errichtet werden. Beide Seiten planen ebenso bei einem Unternehmen für die Thermos-Herstellung in der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. (AWSJ, 13.10.88; FT, 13.10.88) -lou-

***(29)
Intensive Beziehungen zwischen
Hongkong und Fujian**

Anlässlich einer Delegationsreise von Hongkonger Geschäftsleuten unter Führung des Vorsitzenden des China Advisory Committee des Hong Kong Trade Development Council wurden Ende Juni 1988 ausführliche Gespräche über die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Provinz und Hongkong geführt. Die Hongkonger Delegation wurde durch die Provinzregierung von Fujian eingeladen. Nahezu 800 Kader aus Fujian nahmen an den Gesprächen teil.

Der Gouverneur der Provinz Fujian, Wang Xiaoguo, wies darauf hin, daß die Investitionen aus Hongkong und Macau in der Provinz Fujian sich im Zeitraum 1979 bis 1987 auf insgesamt 560 Mio.US\$ beliefen. Im Jahre 1987 hätten die daraus entstehenden Exporteinnahmen für die Provinz 50 Mio.US\$ ausgemacht.

Die Stadt Fuzhou sucht eine engere Zusammenarbeit mit Hongkong. An der Spitze der gewünschten Projekte steht die Renovierung von mehr als 2.000 älteren Unternehmen in der Stadt.

Wong Po Yan, der Delegationsleiter aus Hongkong, erklärte, daß Hongkong Fujian bei der Entwicklung helfen könne. Hongkong selbst hätte 750.000 Bürger mit dem Ursprung in Fujian. Wong wies auf die wachsenden Verbindungen zwischen den beiden Regionen hin. Hongkonger Unternehmen hätten mehr als 60 Vertretungsbüros in der Provinz eröffnet. Seit 1980 hätte Fujian vier Vertretungsbüros und Filialen in Hongkong eröffnet.

Der Direktor der Wirtschaftskommission aus Fujian, Zheng Benzhuo, teilte den Hongkonger Delegierten mit, daß zehn Industriezweige auf der Prioritätenliste für die Entwicklung in der Provinz stünden. Dies seien Nahrungsmittel, Baumaterialien, Schuhe, Bekleidung und Textilien, Spielzeug, Elektronik, Maschinen, Papierherstellung, Tabak und Töpferwaren. (Hongkong Trader, July/August 1988, Nr.40, S.1 f) -lou-

*(30)

Drastischer Anstieg des Tourismus in China

1978 gab es noch eine bescheidene Zahl von Touristen - 1,81 Millionen - die meisten darunter Auslandschinesen und Landsleute aus Hongkong und Macau sowie 230.000 Ausländer. Zwischen 1979 und 1987 kletterte die Zahl dann auf insgesamt 115,48 Mio. Im Durchschnitt waren dies jährlich 12,83 Mio. (= +610% über 1978). Darunter befanden sich 8,91 Mio. Ausländer, also 991.000 pro Jahr oder 330% mehr als 1978.

Am stärksten vertreten waren Touristen aus Japan, gefolgt von den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Australien. 1987 las die Statistik sich folgendermaßen: 570.000 aus Japan (33,4%), 310.000 aus den USA (18,2%), 84.000 aus Großbritannien (4,9%), 64.000 aus Singapur (3,7%), 60.000 aus der Bundesrepublik (3,5%), 59.000 aus Australien (3,4%), 54.000 aus Frankreich (3,1%) und 35.000 aus der Sowjetunion und den osteuropäischen sozialistischen Staaten (2%).

Gegenwärtig sind 450 Städte und Orte für den Tourismus geöffnet. 1987 wurden in 49 für den Tourismus wichtigen Städten insgesamt 8,01 Mio. Touristen empfangen, davon in Guangzhou 1,8, in Beijing 1,1, in Shenzhen 847.000, in Shanghai 768.000, in Guilin 500.000, in Zhuhai 403.000, in Hangzhou 301.000, in Xi'an 301.000, in Nanjing 202.000 und in Suzhou 186.000.

Zwischen 1979 und 1987 hat der Tourismus 9,4 Mrd. US\$ eingebracht - bei einer jährlichen Wachstumsrate von durchschnittlich 19,3%. Davon stammten 46,4% aus Waren und der Rest aus Dienstleistungen.

Ende 1987 verwalteten die Tourismusbehörden in ganz China 400.700 Betten in 184.700 Zimmern von 1.283 Hotels und Restaurants, die zusammen über mehr als 20.000 Fahrzeuge wie Autos und Autobusse verfügten.

Im 1. Halbjahr 1988 hat es eine erneute Zunahme an Touristen um +19,5% gegeben (BRu 1988, Nr. 41, S. 30 f.).

Am 27. September fand der "Tag des internationalen Tourismus" in Beijing statt. Dieser Tag war 1979 von 106

Mitgliedern der Weltvereinigung für Tourismus ins Leben gerufen worden. 1983 war China dieser Organisation beigetreten. 1987 hatte zum ersten Mal Shanghai die Ausrichtung des "Tags" übernommen; diesmal, 1988, war Beijing an der Reihe. -we-

Binnenwirtschaft

*(31)

Li Peng über die Probleme der Wirtschaft

Am 11. Oktober 1988 hielt der Staatsrat eine Vollversammlung ab, die vom Premierminister Li Peng geleitet wurde. Verantwortliche Kader der Staatlichen Planungskommission, des Ministeriums für Finanzen, der Volksbank, der staatlichen Verwaltung für Warenpreise, des Ministeriums für Materialien, des Ministeriums für Handel, des Ministeriums für Landwirtschaft, der Staatlichen Kommission für die Umstrukturierung der Wirtschaft, des Ministeriums für Eisenbahnwesen, des Ministeriums für Energieressourcen und des Allgemeinen Büros des Staatsrates erstatteten auf dieser Sitzung Spezialberichte. Diese befaßten sich mit der Begrenzung des Investbaus, der Kontrolle finanzieller Defizite sowie der institutionellen Kaufkraft, der Stabilisierung des monetären Systems und der Warenpreise, der Verbesserung der Kanäle für die Warenzirkulation usw.

Schließlich hielt Premierminister Li Peng eine Rede, aus der die wichtigsten Passagen im folgenden wiedergegeben werden:

Einige Genossen sind besorgt über diese Frage: Da wir in den nächsten zwei Jahren die Arbeit hinsichtlich der Verbesserung der Umwelt und der Korrektur der Ordnung betonen, bedeutet dies, daß unsere Reformbemühungen auf Widerstand gestoßen sind? Werden die Reformen zurückfallen? Die öffentliche Meinung in einigen Ländern befaßt sich auch mit dieser Frage. Andere Genossen denken, daß unsere gegenwärtige wirtschaftliche Situation nicht so ernst ist, und zweifeln deswegen daran, ob wir zwei Jahre

brauchen werden, um die Umwelt und die Ordnung zu verbessern. Diese Zweifel zeigen, daß es einigen unserer Genossen immer noch an dem richtigen Verständnis der Beziehungen zwischen der Verbesserung der Umwelt und der Korrektur der Ordnung auf der einen Seite und der Stabilisierung der Wirtschaft und der Vertiefung der Reformen auf der anderen Seite fehlt.

Gegenwärtig sind das Auftreten einer auffälligen Inflation sowie übermäßige Preissteigerung ein offensichtliches Problem in Chinas Wirtschaftsleben. Dies Problem, das durch die überhitzte wirtschaftliche Entwicklung mehrerer Jahre verursacht wurde, ist für die Massen, die Unternehmen und den Staat unerträglich. Es hat allgemeine Besorgnis in der Gesellschaft erregt, bei den Massen zu schwerwiegenden Ängsten geführt und ist zu einem wesentlichen Faktor geworden, der unsere soziale Stabilität und das Vertrauen der Massen in die Reformen beeinträchtigt. Falls wir weiterhin die Inflation zulassen, ist es unter diesen Umständen nicht nur unmöglich, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und zu entwickeln, sondern auch der reibungslose Fortschritt der Reformen ist in Frage gestellt.

Es soll mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Umwelt und der wirtschaftlichen Ordnung fortgefahren werden unter der Prämisse, daß die allgemeine Orientierung der Reformen und der Öffnung zur Außenwelt aufrechterhalten bleibt. Insgesamt gesehen bedeutet dies die Schaffung noch besserer Bedingungen für die Vertiefung der Reformen in umfassender Weise. Keineswegs bedeutet dies, daß unsere Reformbemühungen auf Widerstand gestoßen sind, und noch weniger bedeutet dies einen Wechsel in der Richtung der Reformen.

Die Reform, die wir in den letzten zehn Jahren durchgeführt haben, hat große Erfolge erzielt. Die Richtung der Reform kann und sollte nicht verändert werden. Dennoch sollten die konkreten Maßnahmen und Methoden der Reform schnell in Übereinstimmung mit der Veränderung der aktuellen Situation angepaßt werden. Die Preisreform hat keine bedeutsame Auswirkung auf die Richtung von Chinas neuem Wirtschaftssystem, d.h. der geplanten sozialistischen Warenwirt-